

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
6 / 2009

**Politischer Sonderbericht
aus den Vereinigten Staaten von Amerika**

Dick Cheney – die Moral des Kriegers

9. Juli 2009

Ulf Gartzke
Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Pragmatismus und Moral

- Welche Mittel dürfen demokratische Gesellschaften im Kriegsfall und zum Schutz vor Terror einsetzen? Diese Frage hat nach den Ereignissen des 11. September 2001 und vor dem Hintergrund der „asymmetrischen“ Auseinandersetzungen im Rahmen des „Krieges gegen Terror“ in Afghanistan und im Irak deutlich an Relevanz gewonnen. Schließlich wurden durch die US-Regierung bereits kurz nach den Anschlägen auf das World Trade Center sog. „verbesserte Verhörmethoden“ („enhanced interrogation techniques“) zur Vernehmung von Top-Terroristen freigegeben und angewandt, darunter das Waterboarding. Ein bis heute zutiefst umstrittenes Vorgehen, welches jüngst revidiert wurde, jedoch weiterhin Inhalt einer fundamentalen politischen Kontroverse innerhalb der USA bleibt.

Waterboarding

- Bei diesem Verfahren wird der Verdächtige im Rahmen des Verhørs kopfüber auf einer geeigneten Unterlage („board“) fixiert sowie Mund und Nase mit einem Lappen abgedeckt, welcher anschließend mit Wasser übergossen wird. Diese Behandlung erzeugt beim Verhörten den subjektiven Eindruck des Ertrinkens, wobei das tatsächliche Eindringen von Wasser in die Atemwege durch die leichte Neigung der Unterlage verhindert wird, da sich der Kopf unterhalb des Körpers befindet. Sie gilt als „effektiv“ und zählt zur so genannten Weißen Folter, deren Methoden sich an den Opfern körperlich nicht nachweisen lassen. Anwendung findet das Waterboarding bereits seit der spanischen Inquisition und vielen Kriegen seither. Der letzte Einsatz durch die amerikanische Armee wurde 1968 während des Vietnam-Krieges dokumentiert und hatte für die beteiligten Soldaten ihre Verurteilung durch ein Kriegsgericht wegen Folter sowie die unehrenhafte Entlassung aus der Armee zur Folge.

Politische Debatte unter Präsident George W. Bush

- Gut 30 Jahre später, nach den Anschlägen des 11. September 2001, vollzog die amerikanische Regierung jedoch eine Kehrtwende bei der Bewertung des Waterboarding, ein Umstand, der erst im Mai 2004 durch einen Artikel der New York Times erstmalig in den Medien Erwähnung fand. In der Folgezeit begann die öffentliche Debatte über die Zulässigkeit dieser und weiterer Verhörmethoden, so dass sich Präsident Bush im Dezember 2005 dazu veranlasst sah, einem vom republikanischen Senator und späteren Präsidentschaftskandidaten John McCain initiierten Anti-Folter-Gesetz nach monatelangem Widerstand schließlich doch zuzustimmen. Allerdings fehlte diesem Gesetz eine eindeutige Definition von Folter, was von vielen Kritikern als Hintertür im XXL-Format bemängelt wurde. Überdies sicherte Präsident Bush den Mitarbeitern der Geheimdienste zugleich Schutz vor einer strafrechtlichen Verfolgung zu. Im Hinblick auf die Verhörpraxis von US-Armee und Geheimdiensten blieben daher Zweifel angebracht.
- Diese erhielten im Oktober 2006 neue Nahrung, als sich der damalige Vizepräsident Dick Cheney auf Nachfrage öffentlich positiv zum Waterboarding äußerte und ein Jahr später ein Geheimpapier des US-Justizministeriums an die Öffentlichkeit kam, welches Waterboarding weiterhin als gesetzeskonforme Verhörmethode definierte. Eine Einschätzung, die offizielle Regierungsstellen noch bis zum Frühjahr 2008 verlautbaren ließen und die auf zunehmenden Widerstand stieß. Dieser artikulierte sich einerseits in einer kritischen öffentlichen Debatte, andererseits gab es auch den Versuch des amerikanischen Kongresses, Waterboarding und weitere Verhörmethoden explizit per Gesetz als Folter zu deklarieren und bei Strafe zu untersagen; der entsprechende Gesetzentwurf scheiterte jedoch 2008 am Veto von Präsident Bush.

Die US-Verhörmethoden in der Praxis

- Während von den „verbesserten Verhörmethoden“ Schlafentzug (im Einzelfall bis zu 180 Stunden), harte körperliche Behandlung (Ohrfeigen, Schläge, Schleudern gegen eine Wand, stundenlanges Stehen etc.) und Beeinträchtigung des Wohlbefindens (z.B. zwangsweise Nacktheit, Dunkelheit, Kälte, unansprechende Nahrung, kalte Wasserduschen etc.) häufig Anwendung fanden, wurden offenbar lediglich drei Gefangene unter Einsatz des Waterboarding verhört: Khalid Scheich Mohammed, dem Planer der Anschläge auf das World Trade Center, Abu Subaida, einem engen Vertrauten Osama bin Ladens, und Abdel Rahim el-Nashiri, verantwortlich für den Anschlag auf die USS Cole im Jahr 2000 im Jemen. Sämtliche Verhöre, bei denen Waterboarding zur Anwendung kam, fanden nach bisheriger Kenntnis im Jahr 2003 statt. Während dieser Zeit wurden die einzelnen Gefangenen dem Waterboarding jedoch vielfach ausgesetzt, Scheich Mohammed alleine 183 Mal (d.h. 183 Mal wurde sein Gesicht mit Wasser übergossen). Im Jahr 2006 untersagte der damalige CIA-Chef Hayden seinen Untergebenen schließlich die Anwendung des Waterboarding.

Aufarbeitung unter Präsident Barack Obama

- Bereits im Präsidentschaftswahlkampf hatte Barack Obama das Waterboarding strikt abgelehnt und die Bush-Administration für diese Praxis scharf attackiert – in Gemeinsamkeit übrigens mit seinem republikanischen Kontrahenten John McCain, der in Nord-Vietnam während seiner über 5-jährigen Kriegsgefangenschaft im „Hanoi Hilton“ selbst gefoltert wurde (u.a. Aufhängen an seinen gebrochenen Armen), was zu bleibenden körperlichen Behinderungen führte. Schon am Tag nach seiner Amtseinführung untersagte Präsident Obama dann auch den Einsatz des Waterboarding und weiterer Verhörmethoden. Die politische Aufarbeitung begann mit der Veröffentlichung interner Memoranden der Bush-Administration, welche den Einsatz des Waterboarding als legitime Verhörmethode rechtfertigten, durch Obamas neuen Justizminister Eric Holder. Unter den Verfassern befand sich neben anderen auch der damalige Vizepräsident Dick Cheney. Als weiterer Schritt wurden im April 2009 auf Veranlassung des Präsidenten interne CIA-Memos zu den umstrittenen Verhörmethoden veröffentlicht, welche den praktischen Einsatz erstmalig detailliert beschrieben und denen wir die oben bereits dargelegten Kenntnisse verdanken.
- Diese, mit dem für den neuen Präsidenten typischen Pathos angekündigte („We have been through a dark and painfull chapter in our history.“) Veröffentlichung von Interna der amerikanischen Geheimdienste blieb nicht ohne Kritik von republikanischer Seite. So warnte der abgelöste CIA-Chef Hayden, dass diese Offenlegung operativer Daten negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit befreundeten Diensten haben werde, wenn diese zukünftig als Konsequenz Informationen zurückhielten – aus Furcht vor einer möglichen Preisgabe durch die US-Regierung. Kritik kam für Präsident Obama jedoch ebenso aus den eigenen Reihen, nachdem er bei der Veröffentlichung den an den Verhören direkt beteiligten Mitarbeitern der CIA Straffreiheit zugesichert hatte. Dies rief vor allem linke Demokraten auf den Plan, die von Obama eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen forderten und auf Einsetzung einer Wahrheitskommission („Truth Commission“) zur Aufarbeitung der Anti-Terror-Politik von George W. Bush drängten. Einen Tag später revidierte Präsident Obama seine Amnestie-Zusage dahingehend, dass er eine Untersuchung hinsichtlich möglicher rechtlicher Sanktionen gegenüber den unter George W. Bush für die Autorisierung der „verbesserten Verhörmethoden“ verantwortlichen Juristen im US-Justizministerium anordnete. Bislang ist es jedoch noch nicht zu konkreten juristischen Sanktionen gegen einzelne Ex-Beamte der Bush-Administration gekommen.

Dick Cheney als republikanischer Phoenix

- Im Zusammenhang mit den umstrittenen Verhörmethoden sah sich vor allem Dick Cheney in seiner Rolle als Vizepräsident von George W. Bush heftigsten Vorwürfen ausgesetzt. Viele sehen in ihm das personifizierte Übel der abgelaufenen Präsidentschaft, darunter auch einige seiner republikanischen Parteifreunde, zumal ihm der Ruf als mächtigster Vize-Präsident der US-Geschichte anhaftet. Und nun war es ausgerechnet Dick Cheney, der die Veröffentlichung der CIA-Memos für eine überraschende Attacke gegen Präsident Obama und die Demokraten nutzte. Cheney, der das Waterboarding und andere Verhörmethoden stets verteidigt und auf ihre Bedeutung für den Schutz der amerikanischen Bürger verwiesen hatte, forderte nun seinerseits eine Veröffentlichung solcher CIA-Unterlagen, welche die sicherheitspolitische Relevanz der durch Waterboarding gewonnenen Informationen offen legen. Mithin eine Antwort auf die konkrete Frage, wie viele Terror-Anschläge auf diesem Weg verhindert werden konnten; denn, so der ehemalige Vizepräsident, man könne eben nicht nur die Fragen und Verhörmethoden veröffentlichen, aber die so gewonnenen Antworten zurück halten. Ein Ansinnen, das von Präsident Obama und Leon Panetta, dem neuen CIA-Direktor, unisono zurück gewiesen wurde.
- Moralisch brachte Dick Cheney die Demokraten mit dieser Offensive aber ebenso in Bedrängnis wie mit dem Hinweis, dass bereits 2002 hochrangige Demokraten über die damalige Verhörpraxis informiert waren – auch solche, die heute bei der „politischen Steinigung“ der Bush-Administration in vorderster Reihe stehen, darunter Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses. Cheneys Frage nach der Effektivität des Waterboarding bringt das moralische Dilemma der amerikanischen Politik auf den Punkt: rechtfertigt eine erfolgreiche Verteidigung der USA vor Terroranschlägen die Anwendung von Mitteln, die im demokratischen Rechtsstaat keinen Platz haben dürfen? Das entrüstete „Nein“ vieler Demokraten rechtfertigt sich nur solange scheinbar von selbst, solange die USA von keinem neuen Terror-Anschlag erschüttert werden.
- Die Republikaner wiederum beginnen nach und nach, die Bedeutung der Zahl 2.689 zu erfassen. Dies ist die Anzahl der Tage, während derer unter ihrem Präsidenten George W. Bush nach den Attacken des 11. September 2001 weitere Anschläge auf amerikanischem Boden verhindert werden konnten. Und zu einem Zeitpunkt, als es schien, dass sich die Republikanische Partei im Abspann der Bush-Ära fast in Agonie ergeben und die Erinnerung an Präsident Obamas Amtsvorgänger lieber heute als morgen aus ihrem kollektiven Gedächtnis tilgen wolle, ertönt nun Cheneys Weckruf. Für die Obama-Administration konkretisiert er das Menetekel ihrer Amtszeit: ein künftiger Terror-Angriff auf amerikanischem Boden. Denn auch die Bürger demokratisch verfasster Staaten zahlen nur ungern mit ihrem Blut für den moralischen Anspruch ihrer Politiker.

Ulf Gartzke ist Leiter der Verbindungsstelle Washington der Hanns-Seidel-Stiftung.

+++